

Standesbegehren SVP-Fraktion:**«Ursachen für Überlastung in der Justiz bekämpfen – Landesverweise vereinfachen**

Der Kanton St.Gallen schafft, wie zahlreiche andere Kantone, neue Stellen bei den Gerichten. Ein erheblicher Teil des Mehraufwands, der diese neuen Stellen begründet, wird mit dem strafrechtlichen Umgang mit Ausländer- und Flüchtlingskriminalität begründet. Den Kantonen sind dabei durch nationales Recht die Hände gebunden. Deshalb regen wir mit diesem Standesbegehren Anpassungen im Strafrecht an. Mit diesem Standesbegehren werden Polizei, Staatsanwaltschaft, Gericht und Justizvollzug in allen 26 Kantonen entlastet und Steuergeld eingespart.

Das Präsidium wird eingeladen, bei der Bundesversammlung eine Standesinitiative mit folgendem Inhalt einzureichen:

Der Kantonsrat lädt die Bundesversammlung ein, die Härtefallklausel bei Landesverweisungen zu streichen, die notwendige Verteidigung bei Landesverweisungen zu streichen und die Landesverweisung per Strafbefehl zuzulassen.»

3. Dezember 2024

SVP-Fraktion